

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband belegen für Österreich und Desterreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Bestellungen für Belgien, die Schweiz, die Niederlande und Desterreich 20.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltigen Anzeigen werden über dem Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Berlin-Anzeigen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518 4602, 4635, 4649, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rußland und England

Ein Funkpruch Tschitscherins

London, 29. September.

Ein bei Krassin eingegangener Funkpruch Tschitscherins besagt u. a.: Teilen Sie, bitte, Lord Curzon folgendes mit: Die Sowjetregierung hat von den dem Vorsitzenden der russischen Delegation mitgeteilten Vorwänden für die Einstellung der politischen Verhandlungen zwischen Rußland und Großbritannien Kenntnis genommen. Sie fühlt sich gezwungen, zu erklären, daß sie darin nichts anderes, als einen Versuch sieht, den Abschluß eines Übereinkommens zwischen den beiden Staaten um jeden Preis zu verhindern und die Wiederaufnahme friedlicher Beziehungen zwischen Rußland und Großbritannien auf unbestimmte Zeit zu verzögern. Bis zum 1. Juli erklärte die britische Regierung, als sie der Sowjetregierung ihre in vier Punkten formulierten Forderungen mitteilte, daß die Annahme dieser vier Punkte zu einem Waffenstillstand zwischen Rußland und Großbritannien führen und einen vorbereitenden Schritt zum endgültigen Frieden bilden würde. Da nun die russische Regierung die vier Punkte voll angenommen hatte, konnte sie wohl die Erwartung hegen, daß die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Großbritannien sofortige Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern zur Folge haben würden. Trotz aller Anstrengungen der Sowjetregierung hat die Annahme der britischen Forderungen zu nichts geführt. Wiederholt nahm die russische Regierung die Vorschläge der britischen Regierung an oder gab Erklärungen ab, die auf die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen den beiden Regierungen hinarbeiteten. Nachdem die Sowjetregierung auf Biten der britischen Regierung hin eine der Bedingungen für den Waffenstillstand und Vorfrieden mit Polen zurückgelehnt hatte, konnte sie wiederum mit Recht erwarten, daß die Friedensverhandlungen mit Großbritannien sofort beginnen wür-

den. Statt dessen erfolgte eine vollständige Einstellung der Verhandlungen durch den britischen Premierminister, indem er als Grund für diese Handlung den Verkauf von Juwelen und die Unterstützung des „Daily Herald“ angab, zwei Angelegenheiten, mit denen die russische Delegation überhaupt nicht in Verbindung stand, ferner die Beziehungen zwischen der Delegation und einigen britischen Arbeiterdelegationen, an welche die britische Regierung sich, um die russische Delegation zu beeinflussen, gewandt hatte, und zuletzt die Beschuldigung der unvollständigen Fassung der russischen Bedingungen für den Waffenstillstand mit Polen, welche durch die russische Delegation am 10. August bekannt gemacht wurden. Diese Frage war aber schon im August durch Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen geregelt worden. Die offenen Widersprüche zwischen den von der britischen Regierung für die Einstellung der politischen Verhandlungen mit Rußland angeführten Gründe lassen ihren bewußten Widerstand gegen die Herbeiführung friedlicher Beziehungen mit Rußland umso klarer hervortreten. Indem die Sowjetregierung gegen das Verhalten der britischen Regierung, gegenüber der Delegation der russischen Regierung, als eine Handlungsweise, die unvereinbar mit den internationalen Grundsätzen ist, protestiert, betont sie, daß das Anfang Juli abgeschlossene Übereinkommen als verletzt betrachtet werden muß, und legt der britischen Regierung die volle Verantwortung für die Nichtwiederaufnahme der politischen Verhandlungen, die für die Herbeiführung des Friedens zwischen Rußland und Großbritannien erforderlich sind, auf.

Rückreise Litwinoffs

Stockholm, 29. September (Dava).

Der Vertreter der Sowjets, Litwinoff, hat die Genehmigung erhalten, durch Schweden nach Rußland zurückzukehren, aber nur unter der Bedingung, daß er den Eisenbahnenwagen nicht verläßt. Er wird bis zur Grenze scharf überwacht werden.

Rußland für Annahme der polnischen Bedingungen

Joffes Anweisungen aus Moskau

M. Warschau, 30. September.

Laut zuverlässigen Mitteilungen hat Joffe aus Moskau Anweisungen erhalten, alle polnischen Bedingungen, wie hart sie auch sein mögen, anzunehmen, mit Ausnahme von Bedingungen, die auf die ganze oder teilsweise Auflösung des russischen Heeres hinarbeiten. Diese Mitteilung wird in Paris mit großer Entrüstung vernommen, weil man darin die Absicht erblickt, Frieden mit Polen zu schließen, um dann die ganze russische Macht gegen Wrangel benutzen zu können.

Domski über die neuesten russischen Friedensvorschläge

M. Warschau, 30. September.

Aus Mga wird berichtet: In der Montags-Sitzung gab der Vorsitzende Domski eine Erklärung auf die letzte russische Deklaration ab. Domski führte aus, daß die russische Deklaration auch Angelegenheiten berühre, die über die Kompetenz der Friedensverhandlungen hinausgehen, wie z. B. die ostgalizische Frage. Ueberdies enthält der erste Teil der russischen Deklaration eine Art theoretische Darstellung unserer Ansicht über gewisse Fragen, und eine Beantwortung dieses Teils müßte die Veranlassung zu langwierigen theoretischen Debatten bilden. Dagegen enthält der zweite Teil der russischen Deklaration praktische Grundzüge. Die polnische Delegation bemerkt jedoch, daß die Befreiung eines gebührenden Termins, innerhalb dessen die polnische Antwort erfolgen soll, ultimativen Charakter besitze, was die Friedensverhandlungen weder erleichtern, noch beschleunigen kann.

Der Vorsitzende der russischen Delegation, Joffe, erklärte sich mit allen Punkten der in der vorliegenden Sitzung abgegebenen polnischen Deklaration einverstanden und schlug vor, daß man vorläufig bloß einen Waffenstillstandsausschuß bilde, an die Organisation der weiteren Ausschüsse jedoch erst im Bedarfsfalle schreite. Nach kurzer Debatte wurde die Sitzung geschlossen.

Weiterer polnischer Vormarsch

M. Warschau, 30. September.

Amlicher polnischer Heeresbericht vom 29. September: Auf dem nördlichen Flügel führten unsere Angriffe zur Wiedereroberung von Lidz. Der Feind, dem damit die Rückzugslinien abgeschnitten sind, zieht sich in südöstlicher Richtung zurück. Die frisch aufgestellte 21. Sowjetdivision wurde bei Kowa Raad vollkommen aufgerieben, dabei fielen 9 Geschütze und 5 Maschinengewehre in unsere Hand. Deslich von Wolkowisk wurde in weiterer Verfolgung des Feindes Slonin genommen und die Stars übergriffen.

In Wolsk hielten unsere Truppen durch einen Bombensturz von Süden auf Binsl und Janow die 4. Sowjetarmee. Den Stab dieser Armee, der durch den Angriff der Truppen des Generals Krajewski vollkommen überrascht wurde, nahmen wir in Binsl gefangen. Dem Stabschef und dem Führer der Armee gelang es jedoch im letzten Augenblick zu entfliehen. Die provisorische Feststellung der Beute ergab 3000 Gefangene, 100 Maschinengewehre, 400 Waggons mit Kriegsmaterial usw. Auf diesem Abschnitt wurde der Flußlauf der Jacholwa erreicht. Die Verfolgung des Feindes dauert an. Südlich der Wolskstation wurde der Eisenbahnnotenzug Sarn nach harten Kämpfen genommen. In der übrigen Front keine Veränderung.

Polen bewilligt Volksabstimmung in Grodno und Wilna

M. London, 30. September.

In einer Unterredung mit einem britischen Journalisten erklärte der polnische Außenminister, daß die Unterhandlungen bald zu dem russisch-polnischen Frieden führen würden. Polen sei bereit, eine Volksabstimmung in den Provinzen Grodno und Wilna zu bewilligen.

Die englische Bergarbeiterbewegung

Ergebnislose Verhandlungen mit den Unternehmern

Amsterdam, 30. September.

„Telegraaf“ meldet aus London: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Hodges, hat bekanntgegeben, daß die Vertreter der Bergarbeiter Lloyd George mitgeteilt hätten, die Besprechung mit den Bergwerksbesitzern über eine Lösung der Frage der Lohnfreiheit hätten kein Ergebnis gehabt. Lloyd George drückte sein Bedauern darüber aus und drang auf eine neue Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern. Die Vertreter der Bergarbeiter antworteten, sie seien zu dem Schluß gekommen, daß ein weiteres Zusammentreffen mit den Bergwerksbesitzern keinen Nutzen haben könne, und daß sie morgen auf der Delegiertenkonferenz ihr Urteil zum Ausdruck bringen würden.

Wie das Blatt weiterhin meldet, sei der Streik unvermeidlich, wenn die Regierung nicht schnell eingreife. Vor allem die Bergarbeiter von Südwales verlangten hartnäckig sofortige Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung.

Die Sprengung der Koalitionsregierung in Belgien. Nachdem vor kurzem der belgische Außenminister Hymans und jetzt der Kriegsminister Janson ihre Ministerposten verlassen haben, wird ihnen der Kolonialminister Frank folgen. Alle drei Minister sind die Vertreter der Liberalen in der belgischen liberal-liberal-sozialistischen Regierung. Man kann gespannt sein, wie sich die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts in dieser Situation verhalten.

Staatlich erlaubter Wucher

Von Josef Ernst.

Die politische Entwicklung rast mit Riesenschritten alten Zuständen zu. Früher war in Preußen-Deutschland Agrariertum Trumpf. Wenn man die letzten Beschlüsse der preußischen Landesversammlung betrachtet und objektiv würdigt, muß man zugeben, daß die preußischen Junker mit der Nachfolgerin des Dreiklassenparlamentes durchaus zufrieden sein können. Trotz der ungeheuren Notlage der Bevölkerung, trotz Preissteigerung auf allen Gebieten beschließen diese neuen „Gesetzgeber“ Verordnungen, die dem Wucher Tor und Tür öffnen.

Die von der Landesversammlung beschlossene Pachtschutzordnung stellt in ihren Auswirkungen staatlich erlaubten Wucher dar. Die preußischen Junker können mit der Verordnung vollständig zufrieden sein und die Verordnung als vollen Erfolg buchen.

Auf Grund der Geldentwertung haben im letzten Jahre die Großgrundbesitzer von ihren Pachterträgen nicht mehr daselbe Parasitenleben führen können wie früher. Die Verträge, die meistens sehr langfristiger Natur sind, sollten aufgehoben werden, das konnte aber nur mit Zuhilfenahme der Landesversammlung geschehen. Auf Wunsch der Großgrundbesitzer schwenkte die Regierung ein und legte der Landesversammlung den Entwurf einer Pachtschutzordnung vor, die auch von den bürgerlichen Parteien, im Verein mit den Rechtssozialisten, angenommen wurde. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten dieses Gesetz nun führt, zeigt sich in ländlichen Gegenden. In Ostfrieslands Gesilden sind etwa 50 Prozent der Höfe verpachtet. Die neue Pachtschutzordnung veranlaßt die Großgrundbesitzer, fünf- bis neunfache Pachterhöhungen zu verlangen. Dieses Vorgehen stellt krassen Wucher dar, der sich aber auf das von der Landesversammlung beschlossene Gesetz stützt. Durch die unerschämten Forderungen der Großgrundbesitzer wird den Pächtern die Existenzmöglichkeit genommen. Es ist auf alle Fälle unmöglich, die neuen Pachten ohne große Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte zu zahlen. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu diesem Gesetz lag nie vor. Die Verpächter sind durchweg reiche Großgrundbesitzer, die auch ohne Pachterhöhungen als Rentner weiter leben können. Diese Herren haben vor dem Kriege die Pachten stets so gestellt, daß der Pächter in seinen Pachtjahren nie auf den grünen Zweig kam und kaum des Lebens Notdurft befriedigen konnte. Jetzt, wo durch die Kriegsverhältnisse die Entwicklung andere Wege geht, will der Besitzer, genau wie vor dem Kriege, die Pacht schraube anziehen, um den Salutzagewinn reiflos in die Tasche zu stecken, und die preußische Regierung leistet hierbei Handlangerdienste. Das Bedauerliche an dem ganzen Gesetz ist noch, daß man die staatlichen Domänenpächter vollständig frei läßt und nur den Privatpächter unter diese neue Verordnung stellt. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß bereits früher zwischen Domänenpächter und Privatpächter ein krasser Unterschied bestand. Dieselben haben ihre Domänen stets schon weit unter dem üblichen Pachtzins des Privatpächter erhalten.

Auf Grund dieses famosen Gesetzes wird der Pächter abermals enorme Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte vornehmen. Mithin stellt die Pachtschutzordnung, im Interesse der Großgrundbesitzer, einen neuen Raubzug auf die Taschen der Konsumenten dar. Diese „notleidenden“ Großagrarien haben es auch verflucht nötig. Es ist unverkennlich, wie die Landesversammlung ein derartiges Gesetz beschließen kann; es mußte ihr doch klar sein, daß dieses Gesetz eine neue Liebesgabe an die Großgrundbesitzer bedeutete. Diese Herren haben stets verstanden, das Fett von der Suppe zu löffeln. Man braucht sich nur die alten Pachterträge dieser Herren anzusehen. Alle Lasten gehen auf den Pächter. Auch wenn der Hof oder das Gut keine Erträge hat, muß die Pacht bezahlt werden. Miskerten und dergl. befreien den Pächter in keiner Weise von seinen Verpflichtungen. Jetzt, wo durch die Entwertung des Geldes die Verhältnisse umgekehrt auswirken, verlangt diese Ausbeuterklasse gesetzliche Maßnahmen, um an dem Gewinn der Pächter teilnehmen zu können. Hätten die Herrschaften bei ihren neuen Forderungen Maß und Ziel gehalten, so wäre es ohne große Schädigung der Allgemeinheit abgegangen, aber diese Patrioten standen stets nur auf dem Standpunkt „alles oder nichts“.

Die in dem Pachtschutzgesetz vorgesehenen Schiedsgerichte können an dieser Entwicklung nichts ändern, da die unklare Fassung des Gesetzes jede Auslegung ermöglicht. Wie man an Hand von Tatsachen nachweisen kann, ist der Wille der Großgrundbesitzer maßgebend, da dieselben in den durch die Verordnung vorgesehenen Schiedsgerichten sich und Stimmi haben.

Wie das Gesetz wirkt, kann bereits heute nachgewiesen werden. Ist es doch eine Tatsache, daß ein Großgrundbesitzer in Ostfriesland auf Grund des famosen Gesetzes Pachterhöhungen von zirka zwei Millionen Mark von seinen Pächtern verlangt. Abhilfe könnte nur durch eine Ausführungsbestimmung getroffen werden, die diesem Wuchergesetz die Zähne ausbricht. Ob aber etwas geschieht, wagen wir zu bezweifeln. Der Raubzug wird vor sich gehen. Konsument mach deine Taschen auf, der Staat konzediert den Wucher.

Eine widerrechtliche Verhaftung

Aus Kuffig wird berichtet:

Der Redakteur des kommunistischen „Volkrecht“ in Kuffig an der Elbe, ein Reichsdeutscher, namens Franke, wurde von Beamten der Prager Staatspolizei um 2 Uhr morgens aus seiner Wohnung geholt und in einem Auto über die nahe Grenze nach Sachsen geschafft, wo er freigelassen wurde.

Diese Meldung täuscht eine Ausweisung vor. In Wahrheit aber handelt es sich um eine Auslieferung. Der angeblich Ausgewiesene ist in Sachsen nicht freigelassen worden, sondern man hat ihn jenseits der Grenze ein Eisenbahnklosett gelockt und ihn in den Zug nach Dresden gesteckt, in dem er dann von sächsischen Polizeibeamten sofort verhaftet wurde, die ihn ins Dresdner Gefängnis eingeliefert haben. Arno Franke ist der Schriftstellersname unseres Genossen Feschenbach, des früheren Privatsekretärs des ermordeten Genossen Eisner während dessen bayrischer Ministerzeit. Genosse Feschenbach wird von der Staatsanwaltschaft in München verfolgt, weil er angeblich diplomatische Ämtenstühle entwendet und ins Ausland gebracht haben soll. Die Tatsache, daß die sächsische Polizei von der „Ausweisung“ unterrichtet war und wußte, in welchem Zuge sie den Gefangenen verhaften konnte, beweist ein unzweifelhaftes Zusammengehen zwischen den Reaktionen in Prag und Deutschland. Es handelt sich um eine internationale Aktion, um einen unbegonnenen Revolutionär der bairischen Gegenrevolution auszuliefern. Genosse Feschenbach ist Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie. — Der Verhaftete muß sofort freigelassen werden, weil die Art seiner Ausweisung durchaus widerrechtlich war.

In Böhmen hat der Fall in der Arbeiter-Schaft große Empörung hervorgezogen. Die Arbeiter von Kuffig und Nordböhmen haben einen vier- und zwanzigköpfigen Proteststreik und die Unterstützung der Familie Feschenbachs beschlossen. In der Versammlung in Kuffig wurde mitgeteilt, daß gleichzeitig mit dem Vollzug der Ausweisung Maschinengewehre bereitgestellt waren.

Auf eine Anfrage beim Ministerpräsidenten erwiderte dieser in einer schriftlichen Antwort, daß Franke beim Reichsamt mit unrichtigem Namen angemeldet war und daher ein weiterer Aufenthalt auf tschechoslowakischem Gebiet unzulässig war, ganz abgesehen davon, daß er in öffentlichen Versammlungen und in der Presse in einer vom Staatsgeheim verpönten Weise gegen die gesetzlichen Einrichtungen und die Verfassung des Staates, dessen Gastrecht er genoss, aufgetreten ist.

Das ist natürlich nur eine ganz inhaltlose Ausrede. Genosse Feschenbach hat als unabhängiger sozialdemokratischer Politiker sicher in genau derselben Weise seine Tätigkeit ausgeübt, wie alle Genossen, die in der politischen Bewegung stehen. Die ganze Angelegenheit, Feschenbachs sofortige Verhaftung im Zug nach Dresden, beweist ganz offenbar, daß die Fangarme der politischen Polizei auch nach der Tschechoslowakei spielen und dort verständnisvolle Mithilfe finden. Für Sozialisten und Revolutionäre gibt es keine Freistadt, wie für die Kapp-Leute.

Ein vorbildlicher Landrat

Die deutschnationalen Presse entfaltet in letzter Zeit eine Hege gegen die westlichen sozialistischen und insbesondere gegen die unabhängigen Landräte und sucht ihnen gegenüber die Landräte des alten Regimes als vorbildliche Beamte hinzustellen. Insbesondere wird die Schale des deutschnationalen Jornes über den Genossen Kasperel in Sangerhausen ausgegossen, der jetzt dort Landrat ist. Wie ausgezeichnet die hochkonservativen Amtsvorgänger gerade des Landrats Kasperel als „vorbildliche“ Beamte ihren Dienst versehen haben, wollen wir im Folgenden darlegen: Das Landratsamt Sangerhausen war in den letzten Jahrzehnten erblich gemein; Vater und Sohn aus einer altblütigen Familie — wir wollen den Namen jetzt nicht nennen, da auch der Sohn, der letzte Landrat, jetzt gestorben ist — verwalteten das Amt (beide nicht die Tüteltrappe!) hintereinander. Als nun der letzte Landrat aus diesem Geschlechte während des Krieges starb, da stellte sich heraus, daß ein großer Schrank vom Formal eines sehr umfangreichen Kleiderkranzes vollgestopft zurückgelassen war mit unerledigten Akten aus den Jahren bis zurück zu 1907-08. Dem sozialdemokratischen Landrat, der diesen Wust nachher aufarbeiten hatte, mußte zur Bewältigung dieser Aktenmassen eigene eine Regierungshilfe bewilligt werden. Unter den unerledigten Akten befanden sich äußerst wichtige Angelegenheiten, die Kirchenachen und Eintragungen in das Waisen- und Grundbuch, bei denen Verzögerungen und Verschleppungen für die Antragsteller meist bedeutende Verluste mit sich bringen. Der Herr Landrat hatte allerdings zur Erledigung dieser Dienstgeschäfte keine Zeit, denn er war ein leidenschaftlicher Jagdlieb-

haber und ließ ebenso wie viele seiner Kollegen seinen Kreisjäger für ihn die Arbeit machen, die dieser denn auch mit Faksimilestempeln des vorbildlichen Landrats besorgte. Neben seiner Jagdliebhaberei erforderten allerdings auch noch die bar bezahlten Arbeiten für die Anstaltsgüterverwaltung und die Kreisfeuerwehr die Arbeitskraft des Herrn Landrats. Für den reinen Dienst konnte da natürlich nichts übrig bleiben. Wie gefällt der deutschnationalen Partei-Korrespondenz dieses Stücklein?

Ein Reichsmietengesetz

Im Reichsarbeitsministerium wurde am Dienstag der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Mietkautionsbildung (Reichsmietengesetz) den Vertretern der Hausbesitzer und Mieterorganisationen, des deutschen Städtetages, der Bauhilfskammern, der Baugenossenschaften und anderer interessierter Körperschaften zur Beratung vorgelegt. Der Entwurf will eine vollkommene Umwälzung des Wohnungswesens herbeiführen, in der Weise, daß der Betrag der Miete nach bestimmten Grundätzen allgemein vorgeschrieben wird nach der Höhe der notwendigen Betriebskosten, der Instandhaltungskosten und der Grundmiete.

Die Regierungsvertreter Dr. Glase und Dr. Ebel betonten, daß der Entwurf nicht als Werk des Arbeitsministers herausgegeben, sondern erst die Grundlage bilden sollte für eine neue reichsgesetzliche Regelung der Materie. Die Notwendigkeit dafür ergab sich daraus, daß die Häuser immer mehr dem Verfall preisgegeben werden, wenn die Hausbesitzer bei den herabgesetzten Mieten nicht die Mittel für die größeren Hausreparaturen erhalten. Andererseits mußte auch den Mietern die Sicherheit gewährt werden, daß die von ihnen angebrachten Mittel auch wirklich zur Instandhaltung des Hauses verwendet werden. Der Gesetzentwurf sucht dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß er dem Hauswirt die Verzinsung seines Eigenkapitals und der Belastung des Hauses durch die Miete garantiert und darüber hinaus die Mieter zu den Betriebs- und Instandhaltungskosten heranzieht.

In der lebhaften Aussprache, die einen vollen Tag in Anspruch nahm, wurde besonders von den Hausbesitzervertretern der Entwurf bekämpft, weil er nach ihrer Meinung die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen verewigt und die Grundrente aufhebt. Die Mietervertreter stimmten dem Grundgedanken der Vorlage zu, bezeichneten aber die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs als unannehmbar.

Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß auch von den Führern der Hausbesitzerorganisationen die Notwendigkeit der Beibehaltung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen anerkannt wurde. Sie wendeten sich aber gegen die in der Vorlage vorgesehene obligatorische Einführung von Mieterausfällen. Die Vertreter des deutschen Mieterbundes überreichten eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die darin gipfeln, daß den Mietern ein Kontrollrecht darüber gesichert werden muß, daß die durch das geplante Gesetz erhöhten Mieten auch tatsächlich nur zur Verzinsung des Hauskapitals und zur Unterhaltung und Instandhaltung der Häuser verwendet werden. Die Regierung nahm die Vorschläge zur Kenntnis und wird auf ihrer Grundlage die Vorlage weiter bearbeiten.

Oberschlesien

Für die Einigung des Proletariats

WZ. Weuthen, 29. September.

Eine Betriebsrats- und Vertrauensmännerversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, profitiert in einer Entschließung gegen die polnische Aufstands- bewegung und fordert Einigung mit den polnischen Organisationsvertretern.

Unruhen auf einer Grube

Weuthen, 29. September. (W. Z. B.)

Auf der Maggrube waren jüngst infolge der Verhaftung eines polnischen Betriebsratsmitgliedes Unruhen ausgebrochen, die zur Verschleppung zweier deutscher gefangener Arbeiter führten. Einer von diesen ist nunmehr erlöst und mit eingeschlagenem Schädel aufgefunden worden, von dem anderen fehlt noch jede Spur.

Französischer Gewerkschaftskongreß

Orcans, 29. September. (Savoas.)

Der Bundeskongreß der C. G. T. wurde am Mittwoch morgen unter dem Vorh. von Loidan eröffnet. Der Kongreß berät von neuem den Reichstagsbericht. Der Generalsekretär der Eisenbahner erklärte, daß der Ausbruch vom Mai nicht eine Folge des Februarzustandes gewesen sei, sondern eine Folge des Verleumdungsgeldes gegen den Verband. Weiter führte er aus, daß er sein Möglichstes tun werde, um die abberufenen Beamten wieder einzusetzen. Hieraus erhob der Vertreter der Eisenbahner der Paris-Bourbon-Mittelmeerbahn schwere An-

klagen gegen das Bureau des Bundes und schloß die Wahrheit mühe eine Entschließung auf Klassenzusammenarbeit und die Wiederherstellung einer Entschließung auf Klassenkampf einbringen.

Polen und Litauen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wilna, 29. September.

Das Experiment der Verlegung der litauischen Regierung nach Wilna kann noch nicht als geklärt gelten. Durch die Stadt rasen die Gerüchte, daß die Polen auf Wilna marschieren und daß die polnische Armee schon 50 Kilometer von Wilna steht. Die litauische Regierung ist zum Teil wieder abgerückt. Stammen auch die meisten dieser Gerüchte aus dunklen polnischen Agitationsquellen, um die Situation für die litauische Regierung möglichst unsicher zu machen, so erreichen sie doch meist diesen Zweck und bewirken, daß nach der Auffassung der Bevölkerung das gerücherte Verdrehtete durchaus noch im Bereich der Möglichkeit liegt. Die litauische Außenpolitik ist eine Politik größter Optimismus. Die litauische Regierung hat gehofft, daß die Polen auch ohne ausdrückliche Verlängerung den Waffenstillstand innehalten würden. Die Folge war, daß die Polen angriffen, Seign besetzten und den Litauern große Verluste an Menschen und Material zufügten. Die litauische Regierung hofft, daß die Polen die Kurzonlinie respektieren werden, der Augenschein lehrt, daß die Polen nicht daran denken, sich an diese Linie zu halten, sondern an der Frontlinie die Verbindung zwischen Rußen und Litauern durchbrochen haben und nun in die Gebiete nördlich von Grodno eindringen, die die Litauer nach dem Friedensvertrage als ihr Eigentum betrachten. Die litauische Regierung wird noch fernem müssen, daß es Polen gegenüber keinen Optimismus gibt, da die polnischen Imperialisten in ihrer Eroberungsjucht und Verblendung kaum noch die Befehle der Ententeemächte beachten.

Die Stimmung gegen die Franzosen wird deshalb in Litauen mit jedem Tage gereizter. Als kürzlich ein Konflikt, den die französische Mission mit dem Vertreter Estlands in Wilna hatte, im Seim (der litauischen Nationalversammlung) besprochen wurde, forderten laute Empörungsrufe die sofortige Beseitigung der Franzosen. Die Regierung wird angezogen der sich mehr und mehr steigenden Volkserregung wohl oder übel die französische Militärmission, die sich nur allzu unfehlbar bemerkbar macht, beseitigen müssen. Ob das ohne neue Konflikte abgeht, bleibt abzuwarten.

Es ist übrigens in der Tat nicht einzusehen, was die Franzosen mit ihrer Militärmission hier wollen und warum sie sich nicht auf eine konsularische Vertretung beschränken. Sie haben sich durch Erziehung einer Funkstation die Kontrolle über den Nachrichtenendienst gesichert und besitzen so die Möglichkeit, in den Nachrichtenendienst in Litauen nach Belieben einzugreifen. Eine Tatsache, die in der litauischen Öffentlichkeit nur sehr wenig bekannt ist. Den meisten Unwillen haben sie sich aber dadurch zugezogen, daß sie in dem polnisch-litauischen Konflikt die Polen ohne jede Zurückhaltung in allen Forderungen unterstützen haben. Man führt hier übrigens auch den polnischen Vorschlag, Lettland zum Vermittler im litauisch-polnischen Grenzkonflikt zu machen, auf französische Einflüsterungen zurück. Die Letten sind ohne Zweifel stark für Polen interessiert und infolge litauisch-litauischer Grenzkonflikte von vornherein voreingenommen. Die Litauer können deshalb den Vorschlag, Lettland zum Vermittler zu wählen, keinesfalls annehmen. Lettland muß mehr oder weniger als französisch-polnischer Basiskonstant angesehen werden.

Ein Ereignis aus den Verhandlungen zwischen Polen und Litauern in Kalvaria ist interessant, weil es kennzeichnend ist für die „Stärke“ des nationalen Fühlens der neuen Randstaaten-Nationen. Die Polen sandten als Unterhändler über die freitragenden Gebiete Augustowo, Sumalki, Seign drei Großgrundbesitzer aus jenen Gebieten, die litauischer Nationalität waren. Die litauische Delegation mühte also gegen ihre eigenen Landsleute auf polnischer Seite verhandeln. Dieser Umstand ist auf die Agrarreform zurückzuführen. Die Großgrundbesitzer, die ihren Grund und Boden ohne Entschädigung verlieren sollen, schlagen sich alle auf die Seite der Polen um dadurch ihren Besitz zu retten. In den meisten Fällen handelt es sich dabei allerdings um Polen, in deren Händen der Großgrundbesitz lag. Der Fall von Kalvaria zeigt aber, daß auch litauische Großgrundbesitzer lieber den Nationalgedanken als den Geldbeutel opfern.

(Copyright for America by „Chicago Tribune“.)

Die Petroleumausfuhr aus Rumänien ist auch ohne Kompensationen festgelegt worden.

Die Blockade der sowjetrussischen Kultur und Wissenschaft

Die in Petersburg erscheinende Zeitung „Trud“ („Das Werk“) veröffentlicht einen Artikel des Professors Kamenstefoff, worin er den großen Verlust darstellt, den die noch jetzt fort-dauernde Blockade sowohl der russischen wie der Weltwirtschaft zufügt. Er führt eine größere Anzahl Beobachtungen und Entdeckungen an, die in den ersten Observatorien Russlands gemacht und infolge des Abgeschnittenseins den anderen Völkern nicht mitgeteilt werden konnten, denn die Entente verweigert die „Einschleppung“ von derartigen Nachrichten aus Russland. Unter anderem ist es dem bekannten russischen Physiker Kottinsky geglückt, in der Pulkowger Sternwarte (nahe Petersburg) zum erstenmal in der Welt die Monde des Uranus — des zweitferntesten Planeten — zu fotografieren, was von großer international-wissenschaftlicher Bedeutung ist. Vor einigen Jahren gelang Kottinsky eine gleiche Beobachtung der Marsmonde; damals aber gab es keine Blockade, daher wurde diese Kunde weitergegeben und in der Berliner Akademie der Wissenschaften bearbeitet.

Professor Kamenstefoff nennt eine Reihe von ähnlichen Beispielen, wie in Sowjetrussland gemachte äußerst wichtige Beobachtungen (auch technischer Natur, z. B. im Textil-Brennstoff-wesen) der übrigen Welt verloren gingen und keiner näheren Untersuchung unterworfen werden konnten. Und mehr als das: Russland bekommt auch keine oder wenig Resultate wissenschaftlicher Entdeckungen hinein. — Außerdem kann Russland keine für die Wissenschaft nötigen Instrumente, Werkzeuge, Zeitschriften einführen. Der Mangel an diesem Notwendigen wird nun so schwer fühlbar und wirkt sehr hemmend auf alle wissenschaftliche Arbeit. Ein Teil Instrumente und Werkzeuge wurde noch vor der Blockade 1918/19 bestellt und ist eben fertig, aber die Entente läßt sie nicht nach dem Sowjetland abgehen. — Infolge unseres Mangels an Photoplaten im Pulkowa-Observatorium und photographischem Papier für die Erdbestandsstation, ist man gezwungen, die wissenschaftlichen Beobachtungen einzufrieren, und bald wird man bereits viele wichtige Arbeiten einstellen müssen.

Der sowjetrussische Professor — selbst kein Kommunist — schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Das sind die Resultate der jüdischen Blockade des Gedankens, unter der auch die Wissenschaft leiden muß. Ist es nicht eine Schande? Wir sehen, wie die Ententeimperialisten Waffen und Munition für die Feinde herauskneipen, aber kein Werkzeug für Kultur

und Wissenschaft von außen nach Sowjetrussland kommen kann. Sie kneipen die Wissenschaft und hindern ihre Entwicklung in der ganzen Welt, indem sie Russland (das allein fast ein Fünftel der Erdoberfläche — mit Sibirien zusammen — ausmacht) von der gemeinsamen Arbeit für die Gesamtheit abschließen. Können nach alledem die Ententeimperialistenländer sich noch als Träger der hehren Wissenschaft bezeichnen lassen?“

Der Aufsatz spricht für sich selbst und ist doppelt bedeutsam, als er von einem Bürgerlichen, einem Nichtkommunisten stammt.

Aber eins soll noch gesagt sein: Leider stimmt auch die ganze überwiegende Mehrheit der deutschen Wissenschaftler in den Chorus derjenigen mit am lautesten ein, die — die „Kulturblühenden Völkern“ der Verdünnung des wissenschaftlichen Lebens Russlands anklagen, obgleich sie wissen oder bei weniger Voreingenommenheit wissen könnten, daß die Kommunisten die wichtigsten Förderer der Wissenschaft sind, und daß die wahren Zerstörer von Kultur und Wissenschaft auch dort der Krieg und die Blockade der antibolschewistisch-kapitalistisch-imperialistischen „Kulturkämpfer“ in aller Welt sind.

Und in Deutschland selbst? — Die Akademien leiden Mangel, die medizinischen und sonstigen Forschungsinstitute klagen gleichfalls mit Recht; alles auch ohne „Bolschewismus“. — Doch es an der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie liegt, das will von den Herren Professoren kaum einer sehen, keiner eingestehen, denn sonst ist er sicher: „ein Bolschewist“.

Vorfahren der Hakenkreuzler

Salomon Raimon (1764—1800) — Kantianer, Sprößling einer jüdischen Gelehrtenfamilie aus Litauen — hat eine Schilderung seines Lebens hinterlassen, in der er von den Verfolgungen spricht, denen die Juden ausgelegt waren. Nicht man sie, bezogelt man viel. Da war ein polnischer Fürst, der eines Tages betrunken in seine katholische Kirche kam und am Altar zu pissen begann. Alle Anwesenden gerieten in Entsetzen. Und am andern Morgen redete der Klerus dem nächstem Fürsten ins Gewissen. „Ei, wir wollen dies wieder gut zu machen suchen.“ Er gab Befehl an die Juden-schaft des Ortes, auf ihre Kosten Bachs zum Brennen in die Kirche zu schaffen. So mußten die armen Juden für die Entheiligung einer christlichen Kirche durch einen rechtgläubigen katholischen Christen Sühneopfer bringen. In einem andern Tage begab er sich in die Synagoge und richtete ohne jede Berechtigung, dort die größte Verwüstung an, zerbrach Fenster und Ofen, zer-

brach alle Gefäße, warf die in der Bundeslade befindlichen Abschriften der heiligen Schrift zu Boden usw. Ein gelehrter, frommer Jude wollte eine Abschrift aufheben und wurde vom Grafen angepöbeln. Dann richtete sich die Wut des tolien Fürsten gegen eine zweite Synagoge und endlich sogar gegen den jüdischen Friedhof, auf dem er die Gebäude zerstörte und die Denkmäler ins Feuer werfen ließ.

Er bestellte einen jüdischen Barbier. „Hast du keine Instrumente mitgebracht?“ — „Ja, durchlauchtigster Fürst!“ — „Gut, gib mir deine Lanzette, ich will dich zur Aber lassen.“ Der arme Barbier mußte sich dies gefallen lassen. Der Fürst wachte nicht mit dem Instrument umzugehen, seine Hand zitterte vor Betrunkenheit und verwundete den Barbier, aber die Hofleute lachten und rühmten die Geschicklichkeit des Chirurgen.

Einsame Menschen

Gerhart Hauptmanns Schauspiel aus jungen Jahren „Einsame Menschen“ schien uns lange schon verblüht. Nun gewann es in der Neueinstudierung des Deutschen Theaters“ aufs neue Blut und Farbe, kraft einer Darstellung, die man ein Meisterpiel nennen könnte, wenn sie nicht bei jedem für sich und in seiner Art gar zu bewußt danach aussieht hätte. Dieser Abend schien mehr auf die Schauspieler, als auf das Stück gestellt, das aber im Saite einer Darstellung prangte, die nicht aus irgendeiner stilbetonten Regie (im wesentlichen neben Herrn Berner wohl vom Dichter selbst geführt), sondern aus der Fülle der eigenen Persönlichkeit ihre stärksten Wirkungen zog. Trotz seiner etwas schwerfälligen Technik, seiner etwas weinerlichen Familienart und seiner bisweilen ermüdenden Wiederholungen steht dieses Drama als ein durchaus edles und liebenswertes Gedicht des Dichters zwischen Iblens „Baumeister Solnes“ und Hauptmanns späterem „Gabriel Schilling“. Nicht daß der gutmütig schüchternen Johannes Voderath an der fleißigeren Ebe und an der Sehnsucht zu der ihn geistig und seelisch lodenden russischen Studentin zerbricht, sondern was er zum schwankenden Neufaschener und verzweifeltsten Selbstmörder wurde, kam in dieser Aufführung mehr denn je mit nachdrücklicher Schärfe zum Ausdruck. Anders als ebendieser Doktor Sowers einprägsame Gestalt gab Moissi nicht nur ein Krankheitsbild und ein erschütterndes Seelengemälde, er betonte mit dem Schrei des Herzens in auf-rüttelnder Effekte die Anklage, die der junge Hauptmann gegen diese deutsche Blüsterwelt der trüben Laune und engbrüstigen Unterdrückung schleuderte. Er gab den Kuftruh der gedrückten Lebensgeister und die noch heute aktuelle Verwünschung gegen

Genossen, sorgt für rege Beteiligung an der Urwahl!

Die Frauen und die Moskauer Bedingungen

Von Tony Breitscheid.

Genossin Krendsee wendet sich in ihrem Aufsatz „Die Frauen und die dritte Internationale“ besonders an die Parteigenossinnen. Auch sie sollen Stellung nehmen zu der Frage, die jetzt zu einer Lebensfrage für die Partei gemacht worden ist: Annahme oder Ablehnung der Moskauer Bedingungen? Der Appell an die Frauen ist notwendig. Sie haben sich in ihrer Masse bis jetzt wohl wenig um den Kampf gekümmert, der in unseren Reihen tobt, vielleicht weil ihnen die Beschäftigung mit Organisationsfragen so gut wie mit denen der internationalen Politik der Arbeiterklasse verhältnismäßig fern liegt. Und doch berühren diese Dinge die Frauen in höchstem Maße. Unter einer falschen Orientierung unserer Politik würden die Frauen des Proletariats — und nicht nur sie, sondern wir dürfen ruhig sagen, mit wenigen Ausnahmen die Frauen ganz Europas — am bittersten zu leiden haben.

Das wird ohne weiteres klar, wenn wir die Gedankengänge, mit denen Martha Krendsee ihren Artikel beginnt und schließt, weiterführen. Sie knüpft an den Weltkrieg an mit seinen furchtbaren Begleiterscheinungen und Folgen für die Familie und die Kinder. Es wäre gut, wenn alle Frauen sich täglich daran erinnerten, welches Leid der Krieg über sie gebracht hat. Die Gedanken an diese entsetzliche Zeit der gefährlichen Not bei gleichzeitiger schärfster Anspannung der physischen Kräfte, verbunden mit seelischen Qualen, die furchtbar waren, an diese Zeit, von der wir jetzt nicht mehr verstehen, wie wir sie ertragen konnten, müssen uns mit dem entschlossenen Willen erfüllen, uns ihrer Wiederholung oder auch nur einer Gefährdung des Friedens mit aller Kraft zu widersetzen. Aus diesem Grunde bemühen sich die Genossen, Waffentransporte zu verhindern, aus diesen und anderen Gründen verlangen wir immer wieder, daß die Elemente und Gruppen in Deutschland, die eine dauernde Bedrohung des Friedens bilden, entwaffnet und unschädlich gemacht werden.

Wir wissen, daß die Nichterfüllung derjenigen Forderungen des Verfallener Vertrages, deren Durchführung, wenn auch unter unerhörten Opfern, möglich ist, die Befreiung lebenswichtigster Teile Deutschlands, die Abschneidung von Kohle und Eisen und damit furchtbare Not zur Folge haben würde. Obwohl das jedem Denkenden klar sein muß, treibt die Kommunistische Partei Deutschlands, die den Weisungen der dritten Internationale folgt, eine Politik, die geradezu das Proletariat zur Verletzung des Verfallener Vertrages aufreizt. Wenn wir die Bedingungen zur Aufnahme in die dritte Internationale annehmen, so stellen wir uns damit auf den Boden der kommunistischen Partei. Wir erklären damit unsere ganze Haltung in bezug auf unsere Politik gegenüber der Entente für falsch und ordnen uns den Weisungen der russischen Kommunisten unter, von denen wir überzeugt sind, daß sie eine schwere Gefährdung des Friedens bedeuten.

Weiter: Wir sollen die Organisationsfragen nicht losgelöst von den Thesen zu den grundlegenden Fragen betrachten. Gewiß nicht, wir wollen alles das, was über Parteilehre gesagt werden kann von Männern und Frauen, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Partei gestellt haben, ganz beiseite lassen. Aber wir müssen uns fragen, ob wir mit der Annahme der Moskauer Bedingungen dem internationalen Proletariat, von dem wir einen Teil bilden, dienen oder nicht. Sind wir überzeugt davon, daß unsere Unterordnung dem Proletariat der Welt zum Segen gereicht, so müssen alle persönlichen Bedenken zurückgestellt werden. Gelingen wir aber zu der Auffassung, daß sie die Arbeiterschaft zurückwirft, daß die politischen Folgen einer solchen Unterordnung auch nur die Gefährdung der größten Elends für die Arbeiterklasse anderer Länder heraufbeschwört, so wäre es ein Verbrechen an unseren Genossen, wollten wir uns ihr nicht mit aller Kraft widersetzen. Der Protest gegen die Androhung des Ausschlusses wird von manchen Parteigenossen und noch mehr von den Kommunisten

Eltern und Erziehern, die der Jugend den Willen brechen und ihr das Wort aus den Knochen laugen. Neben vieler wunderbarer rücksichtsloser, in sich selbstgeschlossener Leistung war es besonders Fräulein Bunkowsky, die sich auszeichnete und deren gesunde Natur, im Taumel ein wenig von der hysterischen ihrer Umgebung angefaßt, der sonst immer zu larmoyanten geistlichen Räten Gottes ein entschlossenes und ergreifendes Wesen gab. Dahinter trat die an sich interessante und herb gestaltete Anna Wahr des Fräulein Straub fast über Gebühr zurück. Eine Lehmann war wieder von einer bezwingenden Güte und Mütterlichkeit in ihrem alten besten Stil, der auch die trautunigen und manchmal fröhlich-verheerenden Tüpfel nicht verschmäht. Aus dem Geiste Otto Brahmns und des Friedrichshagener Naturalismus war Hans Marx vortrefflicher Maler Braun geboren als ein gemildeter Jonker und Arlager. Werner Kraus als betüllicher Vater, fügte sich mit gedämpfter Würdevolligkeit ein, ohne besondere Merkmale hervorzuheben. Dichter und Darsteller wurden immer wieder gerufen; es war ein neu besetzter Erfolg. Erich Baron.

Max Reinhardts Rücktritt vollzogen. Max Reinhardt legt am Ende dieses Monats die Direktion des Deutschen Theaters nieder und wird sich in Zukunft ausschließlich auf seine Regiearbeiten beschränken und in jeder Spielzeit eine Reihe von Werken inszenieren. Die Leitung des Deutschen Theaters, der Kammertheater und des Großen Schauspielhauses übernimmt Felix Hollaender. Hollaender wird die Direktionsgeschäfte ab 1. Oktober d. J. führen und hat sämtliche Verträge mit den Mitgliedern und Mitarbeitern des Deutschen Theaters übernommen bzw. die abgelaufenen erneuert. Gehart Hauptmann wird jährlich mehrere Stücke nach eigenen Ideen in Szene setzen. In die Stelle Hollaenders als Dramaturg neben Arthur Kahane, Gustav Steinbömer und Peter Hamacher tritt Dr. Kurt Binzhus. Neben Max Reinhardt und Gehart Hauptmann werden Carlheinz Martin, Prof. Gregori, Dr. Wendhausen, Dr. Reich und Heinz Derold Regie führen. Reinhardt wird in dieser Spielzeit zunächst im Deutschen Theater den „Arpaub“, darauf den „Hofmeister“ von Benz, in den Kammertheatern „Käfte“ von August Stramm und die „Echten Seemanns“ von Barlach, im Großen Schauspielhaus „Die Räuber“, „Ein Sommernachtsstraum“ und „Egmont“ inszenieren.

Im Kleinen Schauspielhaus wird als nächste Neuheit Karl Schönherr's „Linderkrug“ vorbereitet. Die Erstaufführung findet Anfang Oktober statt.

Der Dichter Anatole France ist nach Pariser Meldungen wieder vollständig hergestellt.

zu einem persönlichen Kampf bestimmter Genossen, deren Namen immer wiederkehren, gestempelt und als solcher verhöhnt. Selbstverständlich hat jede Partei das Recht, Mitglieder, die ihre Grundsätze nicht anerkennen oder ihnen zuwiderhandeln, auszuschließen. Aber wenn jetzt Parteigenossen, denen die Delegierten der Partei doch selbst ihre Ämter verliehen haben, zum Teufel gejagt werden sollen, nicht weil ihnen die Verletzung sozialistischer Prinzipien nachgewiesen werden kann, sondern weil sie eine Politik bekämpfen, von der sie fürchten, daß sie nicht nur der Partei, sondern weit darüber hinaus das gesamte Proletariat ins Verderben stürzt, so muß doch die Frage aufkommen: Soll hier nicht etwa nur das Gewissen der Partei getötet werden? Wenn schon die Crispian, Dittmann, Sifferting usw. hinausgewiesen werden, also diejenigen, die den Mut haben, als Warnende aufzutreten, wer will die Masse der Parteimitglieder auf Herz und Nieren prüfen, ob sie überzeugte Anhänger der kommunistischen Theorien sind und — was mindestens so wichtig ist — ob sie die kommunistische Praxis bis zum letzten mitmachen werden?

Täuschen wir uns doch nicht! Die Praxis der russischen Kommunisten auf Deutschland zu übertragen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. In der ersten Zeit der Begeisterung

Parteitag in Halle 1920

Kandidaten für den Wahlkreis Potsdam 4

Für die Aufnahmebedingungen	Gegen die Ausnahmebedingungen
1. Otto Gabel, Lichtenberg	1. Richard Küter, Kattshorst
2. Richard Pfeiffer, Stralau	2. Fritz Thurn, Lichtenberg
3. Josef Rawtodi, Friedrichshagen	3. Alfred John, Brandenburg
4. Paul Schindler, Pantow	4. Selma Peter, Lichtenberg
5. Frau Wallat, Weisensee	5. Emil Olm, Velten
6. Karl Bacher, Eberswalde	6. Max Homa, Ludenwalde
7. Erich Baron, Pantow	7. Arthur Dahlke, Spandau
8. Edert, Nauen	8. Karl Hahne, Eberswalde
9. Wilhelm Wünsche, Rheinsberg	9. Paul Nicolaus, Petershagen
10. Karl Vandree, Schwedt	10. Oskar Wihle, Lichtenberg
11. Christian Harz, Caputh	11. Willi Sander, Neuruppin
12. Karl Giesch, Brandenburg	12. Fritz Schmidtchen, Tempin
13. Koch, Eberswalde	13. Galksch, Wittenberge
14. Erich Kosselack, Lichtenberg	14. Alwin Wegel, Beelitz
15. Niersch, Ludenwalde	15. Georg Kaufmann, Neidenborf
16. Paul Sundat, Wittenberge	16. Franz Krause, Britz
17. Siegfried Leo, Spandau	17. Franz Stranz, Treuenwalde

werden die am wenigsten sozialistisch geschnittenen Massen, deren Erbitterung täglich durch die wirtschaftliche Not neu aufgestachelt wird, vielleicht den von Moskau erteilten Weisungen folgen. Es kann zu Erhebungen, zu Rutschungen kommen. Geht es nach dem Willen der russischen Bolschewisten, so geht das deutsche Proletariat vom Widerstand gegen den deutschen und den internationalen Kapitalismus zum bewaffneten Kampf gegen die Entente an der Seite Rußlands über. Dann aber ist die russische Revolution gekommen, wo die Erfolgsgeschichte der deutschen Kommunisten abbröckelt. Oder glaubt im Ernst jemand, daß Massen deutscher Arbeiter bereit seien, noch einmal und freiwillig in die Hölle zu gehen, der sie eben glücklich entronnen sind? Und wenn schon ein Teil der deutschen Arbeiter bereit ist, sich nun zu opfern, dürfen wir eine Politik treiben, die auch die französischen und englischen Arbeiter unwiderstehlich in ein neues Massengemorden hineinziehen würde?

Man wende nicht ein, auch unsere französischen und englischen Klassengenossen würden zu uns übergeben, oder doch mindestens sich weigern, gegen uns zu kämpfen. Nein, Genossen, das wäre eine gefährliche Illusion. Ein Teil der organisierten Arbeiterschaft würde vielleicht den Waffendienst verweigern. Aber der weitaus größere Teil der Bauern und Arbeiter Frankreichs würde aus neu in den Krieg gezwungen werden und mit ihnen alle die Hilfskräfte aus den anderen Erdteilen. Wir brauchen die Folgen eines solchen neuen Kriegerkampfes nicht auszumalen. Wir wollen keinen Appell an das Gefühl, aber wir müssen verlangen, daß man über die nächsten Tage hinausdenkt und die Konsequenzen sich klar macht, die der Anschluß an die dritte Internationale unter den jetzt gestellten Bedingungen nach sich ziehen kann und nach sich ziehen muß.

Denn das ist ja der Sinn der Organisationsforderungen, daß alle die, die den Befehlen Moskaus widersprechen, mundtot gemacht und ausgeschlossen werden sollen, daß die Anweisungen der Exekutive unweigerlich befolgt werden müssen, einer Exekutive, in der die deutschen Parteigenossen keine ausreichende Vertretung haben würden. Wir sind überzeugt, daß die russischen Bolschewisten nicht dies furchtbare Elend des westlichen Proletariats wollen. Aber sie sehen zunächst die eigene Not, und sie suchen nach Hilfskräften. Die Leistungen, die wir bisher boten, genügen ihnen nicht, sie verlangen aktive Hilfe, und das kann nach ihrer Auffassung nur der Kampf mit den Waffen sein. Sie kennen ihre Macht innerhalb Rußlands und sie wissen, was sie vom russischen Volk fordern können. Aber sie kennen die Möglichkeiten in Deutschland nicht genügend und sie überschätzen noch weit mehr die revolutionäre Bewegung in Frankreich und England.

Wir haben die Pflicht, ihnen das zu sagen, und wir haben die Aufgabe, unsern eigenen Parteigenossen und den Genossinnen die Augen zu öffnen. Wir wollen alles tun, was in unseren Kräften steht, um Sowjetrußland gegen seine kapitalistischen Feinde zu schützen, aber wir dürfen nicht die Hand dazu bieten, daß durch unsere willenlose Unterordnung unter seine Befehle die proletarischen Massen West- und Mitteleuropas in das tiefste Elend gestürzt werden und der Sozialismus furchtbare Rückschläge erleidet. Deshalb müssen wir die Bedingungen Moskaus ablehnen.

Gewerkschaftliches

Die Bekleidungsarbeiter zum Betriebsrätekongress

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, hielt am 27. September in den Germania-Sälen, Chausseestraße, seine Mitgliederversammlung ab, in der nach dem Bericht des 2. Bevollmächtigten, Lehmann, über einige Punkte der letzten Betriebsratung sich eine rege Diskussion entwickelte. Lehmann ging auf die Erstellung und Zusammenfassung der Betriebsräte in dieser Organisation ein und legte in eingehender Weise die Haltung der Berliner Ortsverwaltung in dieser Frage dar. Er brandmarkte gleichzeitig das Verhalten der Zentralleitung wegen Nichtanerkennung der Berliner Betriebsrätezentrale. Des Weiteren verlangte er die sofortige Neuwahl der unbesetzten Hauptvorstandsmitglieder. Die Anregung des Redners, die unbesetzten Hauptvorstandsmitglieder aufzufordern, zurückzutreten, um die ordnungsgemäße Wahl der unbesetzten Hauptvorstandsmitglieder vornehmen zu können, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Spreesberg, vom Hauptvorstand, verteidigte den Standpunkt der Zentralleitung unter heftigem Widerspruch. Lehmann freifte dann noch kurz den bevorstehenden Betriebsrätekongress und lenkte in großen Umfassen die Aufgaben derselben. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution Wolf angenommen, die folgendes besagt:

„Die deutsche Wirtschaft bricht zusammen. Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, auch nur eine seiner tausenden Versprechungen zu erfüllen. Die Fabriken stehen still, Hunderttausende von Arbeitlosen verkommen im Elend, und nur die kräftigste Aktion der Arbeiter selbst kann das wirtschaftliche Leben vom Untergang retten. Aufgabe der Betriebsräte ist es, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft und das Unternehmertum zu organisieren und die Kontrolle für die Produktion zu erzwingen. Die Betriebsräte müssen überall zusammenschließen in enger Verbindung mit den Gewerkschaften diesen Kampf organisieren und in jedem Betrieb die Arbeiter um diese Kontrolle sammeln. Wir verlangen, daß die gewählten Betriebsräte auf dem Reichsbetriebsrätekongress rücksichtslos für diese Forderungen eintreten, und zwar:

1. Die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und die aus den Betriebsräten hervorgehenden Organe (örtliche Betriebsrätezentralen und Vollzugsausschüsse des Reichsbetriebsrätekongresses).
2. Enge Verbindung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften und Unterstellung der Gewerkschaftsbureaus unter den Willen der Betriebsräte und der von ihnen vertretenen Massen.
3. Aufgabe jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und rücksichtsloser Kampf gegen alle Widerstände des Unternehmertums und der Regierung.“

Mit einem Hinweis auf die bevorstehenden volkswirtschaftlichen Aufgaben des Reichsbetriebsrätekongresses, von dessen geistiger Höhe es abhängen wird, wie sich die Volkswirtschaft in Zukunft gestaltet, wurde die gut besuchte Mitgliederversammlung geschlossen.

Erklärung

Nachstehende Erklärung ging uns vor einiger Zeit mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Infolge Raummangels konnten wir sie bisher noch nicht aufnehmen.

In der letzten Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten hat sich der Redner der kommunistischen Fraktion gegen den Antrag der Opposition gewandt, der Ortsverwaltung wegen der Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen die bekanntesten sechs Kollegen ein Rechtswort auszusprechen. Er hat sich dabei nicht scheut, durchzubilden zu lassen, daß die Tätigkeit dieser sechs Kollegen dem Verbands geschadet hat. Es ist recht bedauernd, daß die auf Grund der Moskauer Beschlüsse plötzlich aufgesetzte kommunistische Opposition die Tätigkeit der bisherigen Opposition heruntertreibt. Aber im nachhinein werden wir sehen, wie inkonsequent die Herrschaften sind.

Um praktisch wirken zu können, werden sie nötig haben, genau so zu arbeiten wie die bestehende Opposition, sie werden Aufzule an ihre Gesinnungsgenossen erlassen müssen und haben ja auch schon außerhalb des Verbandes Zusammenkünfte gehabt. Diese Leute sind angeblich an die Moskauer Beschlüsse gebunden, müssen sich ihren Parteiparolen fügen und wagen es, unsere Tätigkeit für schädlich zu erklären, weil sie sich im Sinne der von der USPD gefassten Beschlüsse bewegt hat.

In diesem Zusammenhange möchte ich mir erlauben, einmal an die Kommunisten eine Frage zu richten: Haben sie sich noch immer nicht mit ihrem Parteifreund Lange über die Prinzipien einer Gewerkschaftsopposition auseinandergesetzt? Was meinen sie in bezug auf die Frage, daß der Kommunist lange sich so als Gegner der Opposition ausspielt und sich anbietet, Kritik gegen die Opposition zu schreiben. Nach meiner Meinung müßten sie doch einen Antrag stellen, daß der Kommunist lange auf Grund der Moskauer Bedingungen aus der R. A. D. verschwindet.

Meinen Oppositionsfreunden aber möchte ich zurufen, bleiben wir auf dem Boden der klaren und höheren Bewegung stehen und lassen wir uns nicht von leeren Wortspielen nach einer Richtung treiben, die unsern gewerkschaftlichen Zielen nicht mehr entsprechen kann. Wir haben unsere Opposition betrieben, weil wir die freie Meinung der Mitgliedschaft gegenüber einer diktatorischen Leitung zur Geltung bringen wollten. Dem Diktator von außen uns zu fügen, haben wir keinen Grund, und alle unsere Tätigkeit wäre verloren, wenn wir an Stelle unseres Hauptvorstandes irgendeine Leitung setzen, die ihren Willen uns aufzuzwingen will.

Eise Bed.

Streik im New Yorker Hafen. Nach einer Meldung des „New York Herald“ sind tausend Ausländer im Hafen von New York in den Ausstand getreten.

Malier, Lackierer, Anstreicher, die vom Arzt Meffrank oder Meffrankverdächtig befunden werden, oder in irgendeiner Hinsicht an den Folgen der Bleikrankheit leiden, werden erlucht, sich zwecks Feststellung und Sammlung des Materials über Bleikrankheiten in folgenden Stellen unterziehen zu lassen. Kranzhaus, Besenb., Spandauer Berg 15-16. Aufnahme-Untersuchungszimmer, wochentags von 9-11 Uhr. Kranzhaus, Woodstr., Turmstr. 21, wochentags von 4-5 Uhr. Die Unteruchung ist kostenlos, wir bitten aber, der Organisation mündlich, schriftlich oder telephonisch Mitteilung zu machen. Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Malier, Lackierer, Anstreicher, Berlin SO., Reichshorst, 28.

Aus der Partei

Warnung

Der unter dem Namen S. alle den Anhaltener Genossen bekannte Parteigenosse: warnt, sich durch unzutreffende Angaben Geld zu verschaffen. Wir warnen vor ihm. U. S. A. Ansburg.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Schissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an

Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

